

**Niederschrift über die
16. Sitzung des Kreistages (10. Wahlzeit) des Landkreises Trier-Saarburg
am 30.05.2016 im Sitzungssaal der Kreisverwaltung in Trier (Öffentlicher Teil).**

Beginn: 17:14 Uhr

Ende: 18:27 Uhr

Anwesenheit

Vorsitz

Herr Landrat Günther Schartz

Mitglieder

Herr Walter Bamberg

Herr Wolfgang Benter

Herr Gerd Benz Müller

Herr Berthold Biwer

Herr Bernhard Busch

Herr Matthias Daleiden

Herr Jürgen Dixius

ab 17:27 Uhr (TOP 4)

Herr Dr. Karl Heinz Frieden

ab 17:39 Uhr (TOP 4)

Herr Hartmut Heck

Herr Bernhard Henter

Frau Iris Hess

Herr Michael Hülpes

Herr Dieter Klever

Herr Sascha Kohlmann

Herr Andreas Ludwig

Herr Klaus Marx

Herr Alfons Maximini

Herr Peter Müller

Frau Stephanie Nabinger

Herr Paul Neumann

Herr Lutwin Ollinger

Herr Claus Piedmont

Herr Paul Port

Herr Bruno Porten

Frau Sabina Quijano Burchardt

Herr Walter Rausch

Herr Kreisbeigeordneter Helmut Reis

Herr Lothar Rommelfanger

Herr Uwe Roßmann

Frau Jutta Roth-Laudor

Frau Marianne Rummel

Herr Wolfgang Schäfer

Frau Kathrin Schlöder

Herr Achim Schmitt

Herr Helmut Schneiders

Herr Dr. Karl-Georg Schroll

Herr Andreas Steier
Herr Hans Steuer
Herr Markus Thul
Frau Alexandra Wagner

Mitglieder mit beratender Stimme

Frau Kreisbeigeordnete Stephanie Nickels
Herr Kreisbeigeordneter Arnold Schmitt

Verwaltung

Herr Joachim Christmann
Herr Norbert Etringer

Leiter des Geschäftsbereichs II
Leiter der Abteilung 3 - Gebäudema-
nagement und Schulen

Herr Christoph Fuchs
Herr Thomas Müller
Herr Rolf Rauland
Herr Stephan Schmitz-Wenzel

Büroleiter
Pressestelle
Leiter des Geschäftsbereichs I
Leiter des Geschäftsbereichs III

Gäste

Herr Martin Alten

Bürgermeister der Verbandsgemeinde
Kell am See

Herr Dieter Engelhardt
Frau Barbara Schwarz

Ortsbürgermeister Zerf
Geschäftsführerin des Zweckverbandes
VRT

nicht anwesend:

Mitglieder

Herr Franz Peter Basten
Herr Alexander Bohr
Frau Dr. Kathrin Meß
Frau Ingeborg Sahler-Fesel
Frau Simone Thiel
Frau Edith van Eijck

entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt
entschuldigt

Zur Geschäftsordnung

Landrat **Schartz** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistags, die Vertreter der Medien, die in großer Anzahl erschienenen Gäste sowie die Mitarbeiter der Verwaltung. Insbesondere begrüßt er Herrn Bürgermeister Alten, Herrn Ortsbürgermeister Engelhardt und die zahlreich erschienenen Schulleiter.

Er stellt die form- und fristgerechte Einladung der Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit des Kreistages fest.

Die zur Mitunterzeichnung der Niederschrift bestimmten Kreistagsmitglieder Jutta Roth-Laudor (Stellvertretung für Herrn Norbert Jungblut) und Walter Rausch sind anwesend.

Landrat **Schartz** informiert eingangs, dass Kreistagsmitglied Norbert Jungblut in der vergangenen Woche schriftlich mitgeteilt habe, dass er seine ehrenamtlichen Mandate des Landkreises mit sofortiger Wirkung niederlege.

Der als nächstmöglicher Bewerber entsprechend des Wahlergebnisses der Kommunalwahl sei Herr Klaus Marx, der kurzfristig zu der heutigen Sitzung eingeladen worden sei. Herr Marx nimmt dieses Mandat an.

Infolge dessen verpflichtet er Herrn Klaus Marx nach § 23 Abs. 2 der Landkreisordnung (LKO) vor seinem Amtsantritt in öffentlicher Sitzung namens des Landkreises durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Pflichten.

Darauffin beschließt der **Kreistag** einstimmig, die Thematik „Nachwahl eines Vertreters des Kreises für die Trägerversammlung des Jobcenters Trier-Saarburg“ als neuen Tagesordnungspunkt 3 zu behandeln. Der bisherige Tagesordnungspunkt 3 wird als neuer Tagesordnungspunkt 4 abgehandelt. Die Tagesordnung wird in fortlaufender Reihenfolge fortgeführt. Weitere Änderungen zur Tagesordnung werden nicht beantragt. Sie wird wie folgt abgewickelt:

Tagesordnung:

1. **Mitteilungen des Landrates**
2. **Einwohnerfragestunde**
3. **Nachwahl eines Vertreters des Kreises für die Trägerversammlung des Jobcenters Trier-Saarburg; Vorlage: 0192/2016**
4. **Fortschreibung Nahverkehrsplan des Landkreises Trier-Saarburg; Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes Rheinland-Pfalz Nord; Vorlage: 0138/2016/1**
5. **Schulentwicklung Hochwald; Entwicklung der Grund- und Realschule plus Kell am See / Zerf; Vorlage: 0150/2016/1**
6. **Berufsbildende Schule Hermeskeil - Brandschutz- und Tragwerkssanierung
Vorlage: 0087/2016/2**
7. **Gymnasium Hermeskeil - Sanierung Freisportanlage; Vorlage: 0088/2016/2**
8. **Informationen und Anfragen**

1. **Mitteilungen des Landrates**

Protokoll:

Der **Landrat** verweist auf die zu Beginn der Sitzung verteilten Mitteilungen (s. Anlage). Darüber hinaus erhalte jedes Kreistagsmitglied einen Abschlussbericht MORO als Tischvorlage.

Der **Kreistag** nimmt die Informationen zur Kenntnis.

2. **Einwohnerfragestunde**

Protokoll:

Landrat **Schartz** informiert, dass keine Anfragen vorliegen würden.

Der **Kreistag** nimmt dies zur Kenntnis. Es bestehen keine Fragen.

3. **Nachwahl eines Vertreters des Kreises für die Trägerversammlung des Jobcenters Trier-Saarburg; Vorlage: 0192/2016**

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung und informiert, dass seitens der SPD-Kreistagsfraktion Herr Lothar Rommelfanger für die Nachwahl vorgeschlagen werde.

Der **Kreistag** erklärt sich einstimmig damit einverstanden, über den Wahlvorschlag offen abzustimmen.

Beschluss:

Der Kreistag wählt auf Vorschlag der SPD-Kreistagsfraktion Herrn Lothar Rommelfanger als Nachfolger von Frau Ingeborg Sahler-Fesel zum Vertreter des Kreises für die Trägerversammlung des Jobcenters Trier-Saarburg.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen bei 1 Enthaltung

4. **Fortschreibung Nahverkehrsplan des Landkreises Trier-Saarburg; Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes Rheinland-Pfalz Nord**
Vorlage: 0138/2016/1

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung und die bisherigen Vorberatungen. Gleichzeitig begrüßt er die Geschäftsführerin des Zweckverbandes VRT Frau Schwarz, die für Nachfragen in der heutigen Sitzung zur Verfügung stehe.

Hintergrund der heutigen Beratung sei der Umstand, dass der ÖPNV im Landkreis, der Region Trier und im gesamten Bereich Rheinland-Pfalz

Nord verbessert werden solle. Dazu sei durch die beteiligten Verkehrsverbände VRT und VRM und dem SPNV Nord ein Konzept in Auftrag gegeben worden. Das gesamte System solle von einer sog. Eigenwirtschaftlichkeit auf einen gemeinwirtschaftlichen Verkehr umgestellt werden. Die Schülerverkehre spielten eine andere Rolle, als noch vor einigen Jahren und der ÖPNV müsse auf Grund des demographischen Wandels zukunftsfähig und attraktiv gestaltet werden. Zielsetzung sei zudem, eine bessere Vernetzung zwischen Bus und Bahn zu schaffen und die Finanzierungsströme anders zu lenken. So sei geplant, auch für die Busverkehre zukünftig Regionalisierungsgelder aus dem Bahnverkehr abrufen zu können.

Das Konzept werde nach den jetzigen Schätzungen für das Jahr 2025 rd. 4,9 Mio. Euro Kosten verursachen, was bereits in den Kreisgremien beraten worden sei. Andererseits würde der SPNV Nord davon wiederum 2,6 Mio. Euro für das Hauptliniennetz tragen, so dass das lokale Netz 2,23 Mio. Euro verursache. Zum Vergleich würde der ÖPNV bei Nichtumsetzung des ÖPNV-Konzeptes Nord im Jahr 2025 Kosten in Höhe von 1,14 Mio. Euro verursachen, so dass die Umsetzung letztlich Kosten in Höhe von 1,1 Mio. Euro verursachen würde. Gleichzeitig solle das Konzept eine nachhaltige Verbesserung des ÖPNV bringen, welcher mit einer kilometrischen Mehrleistung von ca. 120 % gegenüber dem Status quo beziffert werde und ein flächendeckendes Angebot zugunsten des gesamten Landkreises darstelle.

Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU) erklärt, dass unter dem öffentlichen Personennahverkehr neben dem Schienenverkehr für den Landkreis insbesondere der Busverkehr zu verstehen sei. Bisher seien die Busverkehre eigenwirtschaftlich geführt worden. Das bedeute, die Verkehre mussten sich durch Fahrkartenverkäufe und durch Zuschüsse zu den Schülerverkehren eigenständig wirtschaftlich rechnen. Nun gestalte sich die Situation so, dass die Anzahl der Schüler und somit der Zuschuss der öffentlichen Hand geringer werde und eine Wirtschaftlichkeit nicht mehr für alle Linien bestehe. Die Zielsetzung des Konzeptes sei es, einen vertakteten und verdichteten ÖPNV im ländlichen Bereich aufrecht zu erhalten. Durch dieses Konzept solle durch die Optimierung der Kosten und Steigerung der Einnahmen ein wirtschaftlich tragbarer öffentlicher Personennahverkehr geschaffen werden, der angebotsorientiert sei. Dabei sollen ertragsstarke und ertragsschwache Linien gebündelt an Busunternehmen vergeben werden und der Busverkehr solle mit dem Schienenverkehr sinnvoll mit Anschluss an die Netzknoten vertaktet werden.

Das Konzept sei jedoch nur eine grobe Planung, denn der Nahverkehrsplan des Landkreises werde im Detail noch erarbeitet. Dabei seien Änderungen nicht ausgeschlossen.

Die CDU-Kreistagsfraktion bittet darum, bei der Detailplanung darauf zu achten, so wenige Umsteigerisiken wie möglich einzuplanen. Verspätungen der weitergehenden Verkehre seien für die Nutzer unter Umständen problematisch und sprechen nicht für den öffentlichen Personennahverkehr. Es sei darüber nachzudenken, ob separate Linien sinnvoll seien. Beispielsweise sollte im Rahmen der Nahverkehrsplanung über eine zusätzliche Verbindung für die Bürgerinnen und Bürger ab Konz-Roscheid nachgedacht werden. Von dort aus könnte eine direkte Verbindung zum

Hauptbahnhof Trier eingerichtet werden oder alternativ zumindest eine Verbindung zum Konzer Bahnhof, um von dort aus weiter zu reisen.

Durch das neue Konzept soll eine Stärkung des ÖPNV erreicht werden, dem die CDU-Kreistagsfraktion zustimmen werde.

Bisher sei im Landkreis ein Bestandsnetz von 3,1 Mio. Fahrplankilometern aufgebaut worden. Durch die neue Konzeptionierung sollen schlussendlich nach aktueller Planung 6,8 Mio. Fahrplankilometer den Bürgerinnen und Bürgern zur Verfügung stehen. Dabei handle es sich um eine enorme Verbesserung und Steigung von 119 %.

Wie bereits von Landrat Schartz dargestellt, sei für das Jahr 2025 bei Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes Nord eine Unterdeckung von 4,91 Mio. Euro prognostiziert worden. Davon entfallen auf das Hauptliniennetz 2,68 Mio. Euro, die somit seitens des SPNV Nord aufgebracht werden müssen. Der Landkreis Trier-Saarburg müsse sich kostenmäßig mit 2,23 Mio. Euro für das regionale Netz beteiligen. Zum Vergleich, so Fraktionsvorsitzender **Henter** (CDU), würde für das Jahr 2025 eine Unterdeckung ohne Umsetzung des ÖPNV-Konzeptes Nord und somit bei einer Beibehaltung der heutigen ÖPNV-Leistung bei sinkenden Schülerzahlen, mit 1,14 Mio. Euro Kosten ohne Mehrwert gerechnet werden. Insofern würden tatsächliche Kosten für diesen Mehrwert in Höhe von 1,1 Mio. Euro anfallen. Vorausgesetzt sei, dass die prognostizierten Zahlen sich bewahrheiten würden.

Wegen noch bestehender Konzessionsverträge werde das Konzept innerhalb einer Harmonisierungsphase schrittweise umgesetzt.

Abschließend begründet er die Zustimmung der CDU-Kreistagsfraktion damit, dass durch mehr Fahrplankilometer der ÖPNV für die Bürgerinnen und Bürger des Landkreises nachhaltig verbessert werde. Ein Wermutstropfen sei jedoch in der grundsätzlich nicht gewollten Subventionierung des ÖPNV-Verkehrs ab 2019 mit rd. 1 Mio. Euro durch den Landkreis Trier-Saarburg zu sehen. Letztlich sei dieses Geld aber sehr gut zugunsten der Bürgerinnen und Bürger, vor allen Dingen im ländlichen Raum, investiert.

Fraglich sei, wo die Entwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs im Landkreis hingehe, so Kreistagsmitglied **Rausch** (SPD). Während in der Stadt Trier das öffentliche Verkehrsangebot durch die Bevölkerung noch sehr gut angenommen werde, zeigten sich in Teilen des Landkreises leider andersläufige Tendenzen. Der Busverkehr sei mit der Zeit immer unattraktiver geworden. Die Gründe dafür seien vielfältig und nicht ausschließlich auf die zurückgehenden Fahrgastzahlen, die geringeren Schülerzahlen und den demographischen Wandel zurückzuführen. Zu lange Fahrtzeiten, unattraktive Abfahrtszeiten, eine schlechte Vernetzung mit anderen Linien, zu lange Abwesenheitszeiten und zu hohe Fahrpreise seien ebenso vielfältige Gründe für den wachsenden Individualverkehr und den Rückgang der Inanspruchnahme des öffentlichen Personennahverkehrs in der Bevölkerung. Weniger Fahrgäste bedeuten letztlich geringere Einnahmen für die Busunternehmen. Dem werde mit noch höheren Fahrpreisen entgegen gewirkt, was zur Folge habe, dass der Zuspruch und die Inanspruchnahme des ÖPNV noch geringer geworden seien. 2015 sei der Paradigmenwechsel erstmals zugunsten einer gemeinwirtschaftlichen Organisation eingeführt worden, um das Angebot als Bestandteil der Daseinsvorsorge aufzu-

werten und nicht mehr alleine mit den Fahrpreisen aufrecht zu erhalten. Die SPD-Kreistagsfraktion habe, so Kreistagsmitglied **Rausch** (SPD) damals die Gemeinwirtschaftlichkeit ausdrücklich befürwortet, trotz der zusätzlichen Kosten. Die Fraktion habe neben der finanziellen Stützung des Systems zusätzlich gefordert, das ÖPNV-Angebot grundsätzlich neu zu konzipieren und strategisch für die Zukunft auszurichten. Zwischenzeitlich haben die Verbände mit dem Land gemeinsam das ÖPNV-Konzept Rheinland-Pfalz Nord erstellt, dessen Ziel es sei, in den kommenden Jahren das gesamte Liniennetz neu zu gestalten.

Es werde neue Linien geben, teilweise würden Linien geändert und nicht mehr befahren werden. Darüber hinaus werde eine bessere Abstimmung der Netze systemübergreifend geschaffen, um das teilweise unattraktive Angebot des heutigen öffentlichen Personennahverkehrs zu verbessern. Dadurch sollen Anreize geschaffen werden, dass immer mehr Menschen vom Individualverkehr zum öffentlichen Personennahverkehr wechseln.

Aus den vorgenannten Gründen werde die SPD-Kreistagsfraktion dem ÖPNV-Konzept Nord zustimmen.

Das Konzept sei, wie bereits geschildert, für die Beteiligten nicht kostenfrei. Er wolle bewusst die errechneten Zahlern nicht kommentieren, da es sich wie bereits benannt, um Prognosen handle. Daraufhin zitiert er aus einem Bericht des Trierischen Volksfreundes vom vergangenen Wochenende. Wenn das Land es ernst meine mit der Umsetzung des Konzeptes, seien die 2,2 Mio. Euro nur der Anfang, so der Redakteur. Es bleibe zu hoffen, dass die Kosten etwas günstiger ausfallen würden.

Kreistagsmitglied **Schlöder** (FWG) erklärt, dass sich die FWG-Kreistagsfraktion eingehend mit dem Thema beschäftigt habe. Sie selbst begleite dieses Thema seit Jahren als Mitglied im ÖPNV-Ausschuss und in der Zweckverbandsversammlung des VRT.

Sie wolle daran erinnern, dass der Landkreis Trier-Saarburg im Zweckverband VRT nur eine von mehreren Gebietskörperschaften sei und die öffentlichen Verkehre, ebenso wie der Verkehr insgesamt, nicht an den Grenzen des Landkreises enden. Die Besonderheit des Landkreises Trier-Saarburg sei die direkte Nachbarschaft zum Oberzentrum Trier, die sich aber in der Struktur des ÖPNV bisher nur sehr mangelhaft widerspiegle und zukünftig verbessert werden sollte. Außerdem sei festzustellen, dass es einen kostengünstigen Verkehr in einem dünnbesiedelten Raum nicht gebe. Dieser Aspekt werde in der vorgelegten Konzeption nicht in Frage gestellt und im Nahverkehrskonzept nicht gänzlich lösbar sein. Es werde nach wie vor Dörfer geben, in denen sich der ÖPNV zwar nicht nachhaltig verbessere, aber auch nicht schlechter darstelle. Dem gegenüber sei die Fraktion der Auffassung, dass sich der ÖPNV, ohne eine Neuausrichtung der Verkehre, überall merklich verschlechtern werde, denn um Kosten zu sparen, würden ansonsten viele Linien ausgedünnt und die Fahrpreise erhöht werden. Dadurch würde der ÖPNV gänzlich unattraktiv werden. Nach Meinung der FWG-Kreistagsfraktion sei es richtig, nun zu agieren und das alte System abzulösen. Das Kreisgebiet sei sehr heterogen gestaltet und weise unterschiedliche Voraussetzungen auf. Deshalb sei es erforderlich, angepasste Lösungen zu erarbeiten. Das Konzept werde dem insoweit gerecht, als dass es die Verkehre mit dem Oberzentrum und den

nachfolgenden Zentren verbindet. Die Verknüpfungspunkte, die Harmonisierung der Fahrzeiten und die Anbindung zum Schienenverkehr werden ebenso in diesem Konzept aufgegriffen. Das Ausschreiben von Linienbündeln werde einerseits zu einem vernünftigen Kostenausgleich von ertragsstarken und ertragsschwachen Linien führen und zum anderen die Konkurrenz vieler Linien in einem Raum zugunsten einer Effizienzsteigerung des ÖPNV beitragen. Die Fraktion lege einen großen Wert darauf, dass bei der Aufstellung des Nahverkehrskonzeptes über die Verbandsgemeinden mit den Ortsgemeinden gesprochen werden müsse. Vor Ort gebe es einen guten Überblick über die Fahrgastzahlen und weitergehende Informationen, teilweise auch durch die Beauftragung externer Büros mit der Erstellung von Gutachten. Alle dieser Aspekte vor Ort seien in das Konzept einzuarbeiten, denn dieses Konzept werde zugunsten der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis vorangebracht.

Aus diesen Gründen werde die FWG-Kreistagsfraktion das Konzept zugunsten eines effizienten und funktionierenden öffentlichen Personennahverkehrs in der Region unterstützen. Auch mit den Zielen der Konzeption sei die Fraktion konform und stimme dem Beschlussvorschlag in Gänze zu.

Fraktionsvorsitzende **Quijano Burchardt** (Bündnis 90/Die Grünen) stellt fest, dass die jetzige Situation des ÖPNV in der Region schon seit langer Zeit nicht mehr zufriedenstellend sei. Die Angebote seien in großen Teilen des Landkreises ungenügend und meist lediglich am Schülerverkehr ausgerichtet. Anreize darüber hinaus fehlten völlig. Steigende Preise und das Ausdünnen der Angebote haben immer mehr dazu geführt, dass die Menschen in der Region den ÖPNV nicht nutzen wollen und können. Lediglich bei der Bahn habe es in den vergangenen Jahren noch Zuwächse im Verkehr gegeben, die aber nicht zu einem größeren Zuspruch beigetragen haben. Auch dort würden Haltepunkte fortan nicht mehr angefahren.

Vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung und einer immer älter werdenden Bevölkerung müsse es im Interesse der Politik liegen, auch weiterhin alle Gebiete des Kreises erreichbar zu machen, auch solche die nicht unmittelbar an die Stadt Trier grenzen oder an die Bahn angeschlossen seien. Erreichbarkeit der Regionen bedeute nicht nur, Straßen stetig zu erneuern und auszubauen, sondern auch denjenigen eine Möglichkeit zur Mobilität zu geben, die sich nicht mehr im Individualverkehr bewegen wollen oder können. Magere Angebote in der Fläche, steigende Kosten und geringere Schülerzahlen haben dazu beigetragen, dass sich die Zweckverbände und Kreise mit der Zukunftsfähigkeit auseinander gesetzt und das ÖPNV-Konzept Nord auf den Weg gebracht haben. Der ÖPNV diene nicht ausschließlich dem Transport von Schülern, sondern sei ein wichtiges Instrument für die Attraktivität von Regionen und ein wichtiges Standbein für die Zukunftsfähigkeit von Flächenkreisen.

Die Fraktion sehe eine mittelfristige Zielsetzung darin, dass sich der ÖPNV zukünftig an ökologischen, ökonomischen und demographischen Kriterien orientiere und somit als kostengünstige und attraktive Alternative für den Individualverkehr gelte, auch zugunsten entfernterer Gegenden in der Region. Auch sei es wichtig, dass die Kommunen das Handeln selbst bestimmen und den ÖPNV zukünftig aktiv gestalten können. Die Abkehr von

der Eigenwirtschaftlichkeit in eine Mitfinanzierung gebe die Möglichkeit, steuernd einzugreifen. Die Verabschiedung der allgemeinen Vorschrift und der Beschluss zur Direktvergabe seien im vergangenen Jahre erste Schritte in diese Richtung gewesen. Heute nun solle diese Änderung mit dem Beschluss zum ÖPNV-Konzept Nord weiterentwickelt werden. Wie aus den vorherigen Redebeiträgen zu entnehmen, sei die Mehrheit des Kreistages erfreulicherweise bereit, Gelder in die Entwicklung des ÖPNV zu investieren. Die Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion stehe hinter diesem Beschlussvorschlag, um alle Maßnahmen für einen attraktiven ÖPNV einzuleiten, auch für die Randgebiete des Kreises, welche sich nicht im direkten Umfeld der Mittelzentren Trier und Luxemburg befinden.

Sobald eine Angelegenheit von einer Eigenwirtschaftlichkeit in eine Subventionierungsform der Gemeinwirtschaftlichkeit verschoben werde, so Fraktionsvorsitzender **Busch** (FDP), gebe es grundsätzlich keinen Grund zur Freude. Leider handle es sich nicht um einen Einzelfall, denn es sei davon auszugehen, dass zukünftig weitere Themenfelder den Kreishaushalt zusätzlich belasten werden.

Jedoch sehe die FDP-Kreistagsfraktion in der Weiterentwicklung des öffentlichen Personennahverkehrs grundsätzlich eine gute Sache zugunsten der Bürgerinnen und Bürger im Landkreis. Deshalb sei die Notwendigkeit für die Zustimmung zu dem vorliegenden Beschlussvorschlag gegeben, denn es gebe keine bessere Lösung, um den ÖPNV qualitativ aufzuwerten. Er könne sich allen Aussagen der Vorredner anschließen, denn die Entwicklung in der Fläche sei durch den vorliegenden Bestand nicht weiter zu halten. In naher Zukunft werde es wichtige Weichenstellungen geben, die entscheidend für den Erfolg sein werden.

Dabei müsse darauf geachtet werden, dass die Unternehmen aus der Region weiterhin die Möglichkeit haben, sich an den Ausschreibungen der Verkehrsbündel zu beteiligen. Nicht gewollt sei eine Vergabe an weit entfernte Unternehmen, wodurch die Einflussmöglichkeiten durch die Gremien reduziert würden. Wichtig sei zudem, eine Balance zwischen Angebot und Nachfrage zu halten. Ein attraktiver ÖPNV sei nur wirtschaftlich, wenn er von den Bürgerinnen und Bürgern angenommen werde. Das System müsse somit ständig evaluiert werden. Das Thema werde außerdem künftig in den wiederkehrenden Haushaltsberatungen Bestandteil werden.

Letztlich müsse darüber hinaus eine geeignete Grundstruktur des Zweckverbandes VRT zukunftsfähig umstrukturiert werden.

Kreistagsmitglied **Dr. Schroll** (Piraten) erklärt, dass er dem Konzept ausdrücklich zustimmen werde. Er selbst habe als Projektleiter des Forschungsprojektes „Akzeptanz des ÖPNV bei politischen Entscheidern in der Region Trier“ umfangreiche Erfahrungen hinsichtlich des heutigen Themas sammeln können. Dazu sei damals eine Umfrage unter Landes- und Kommunalpolitikern, Hauptverwaltungsbeamten und Bürgermeistern in der Region durchgeführt worden, bei der sich zeigte, dass eine Systemumstellung wie in der heutigen Form damals kaum vorstellbar gewesen sei. Mit dieser Neuaufstellung werde ein wichtiger Schritt vorgenommen. Mit diesem Konzept werde eine Neuorganisation des VRT-Gebietes erfolgen, denn eine Trennung der ÖPNV-Politik und der Verkehrsunternehmen

sei unumgänglich. Wie in anderen Regionen biete sich auch hier ein Drei-Ebenen-Modell an, welches aus einer Politikebene für die grundsätzliche Richtungsregelung, einer Organisationsebene für die Durchführung der Verwaltungstätigkeit und des laufenden Geschäftes und einer Ebene der Verkehrsunternehmen für die Verkehrsleistung bestehe.

Ein weiterer Aspekt sei der demographische Wandel. Die Einnahmen aus dem Schülerverkehr und der Bedarf würden von Jahr zu Jahr geringer werden. Deshalb müssten neue Kundengruppen angesprochen werden. Dazu schlage er vor, ein Senienticket anzubieten. Die angrenzenden Verkehrsbetriebe würden eine sog. 60+Karte anbieten. Er sehe darin eine große Chance, vermehrt Senioren als Kunden zu gewinnen.

Kreistagsmitglied **Müller** (ALFA) erklärt, dass er dem Beschlussvorschlag ebenfalls zustimmen werde. Viele Aspekte seien bereits angesprochen worden. Ergänzend wolle er noch anmerken, dass es von großer Wichtigkeit sei, das Angebot des ÖPNV ständig in der Öffentlichkeit zu kommunizieren und zu umwerben, da seiner Ansicht nach viele Bürgerinnen und Bürger keine Information über die Taktungen haben. Auch sollten Angebote, welche für spezielle Zielgruppen geschaffen werden, wie beispielsweise ein Senienticket, besonders umworben werden.

Landrat **Schartz** bedankt sich für die Wortmeldungen und teilt mit, dass die Ausgestaltung des ÖPNV-Konzeptes im Hinblick auf die Linienbündel in nachfolgenden Beratungen, auch unter Hinzuziehung der Akteure vor Ort in den Ortsgemeinden, ein wichtiges Thema sein werde. Insofern werde die Gestaltung transparent erfolgen. Dafür sei der heutige Grundsatzbeschluss erforderlich. Die übrigen am Zweckverband VRT beteiligten Landkreise haben ihrerseits bereits gleichartige Beschlüsse gefasst.

Daraufhin fasst der **Kreistag** den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag erkennt an, dass die Ziele und planerischen Leitplanken des ÖPNV-Konzeptes Rheinland-Pfalz Nord für einen zukunftsfähigen ÖPNV in der Region Trier von grundlegender Bedeutung sind und die vorliegenden Planungsempfehlungen die Grundlage für die künftige Weiterentwicklung des straßengebundenen ÖPNV im VRT-Gebiet sein sollen.

Die mit dem Projekt verfolgten Ziele sind:

- Schaffung eines wirtschaftlich tragfähigen ÖPNV-Angebotes durch Optimierung der Kosten und Steigerung der Einnahmen (z. B. durch das Ausschöpfen von Kundenpotentialen sowie durch eine umlaufoptimierte Planung und kritische Überprüfung von Parallelverkehren Bus/Schiene sowie Bus/Bus)
- Bildung von Linienbündeln, um für die Aufgabenträger eine dauerhaft kostengünstige Verkehrsbedienung im Sinne eines wirtschaftlichen Ausgleichs zwischen starken u. schwachen Linien zu sichern,
- Prüfung des Einsatzes von bedarfsorientierten Systemen, um

- eine wirtschaftlichere Bedienung in dünn besiedelten Räumen zu gewährleisten,
- systematische Verknüpfung Schiene/Bus und Bus/Bus mit Anschlussicherung an den Netzknoten,
 - Stärkung des Stadt-Umland-Verkehrs, auch durch neue Direktverbindungen aus dem Umland zu markanten Zielen (z. B. Hochschulen und Gewerbegebiete),
 - Einbindung der Grundzentren – für schnellere, kürzere Verbindungen zu den Mittel- und Oberzentren der Regionen; kürzere Reisezeiten durch direkte Linienführungen,
 - verstärkte Einbindung touristischer Ziele in den ÖPNV.
- Der Kreistag nimmt die planerisch-konzeptionellen Inhalte des ÖPNV-Konzeptes RLP Nord incl. der Ergebnisse aus der Wirtschaftlichkeitsberechnung zustimmend zur Kenntnis und beschließt, die Fortschreibung des lokalen NVP durch das beauftragte Planungsbüro IGDB GmbH auf dieser Grundlage weiter zu verfolgen. Vor Einleitung des Beteiligungsverfahrens nach § 8 (3) Nahverkehrsgesetz wird der Entwurf des NVP dem Kreistag zur Beratung und Beschlussfassung vorgelegt.
 - Der Kreistag stellt fest, dass die Festlegung von Linien als regionale Hauptlinien die Grundlage für die Weiterentwicklung des heutigen Regioliennetzes in der Aufgabenträgerschaft des ZV SPNV Nord sein soll.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

5. Schulentwicklung Hochwald; Entwicklung der Grund- und Realschule plus Kell am See / Zerf; Vorlage: 0150/2016/1

Protokoll:

Der **Vorsitzende** verweist auf die Vorlage der Verwaltung und den darin enthaltenen Beschlussvorschlag. Der Ausschuss für Schulen, Kultur und neue Medien und der Kreisausschuss haben zu diesem Thema im Rahmen einer Sondersitzung ausführlich beraten. Er selbst habe zwar krankheitsbedingt nicht an dieser Sondersitzung teilnehmen können, stehe aber voll und ganz hinter diesem Beschlussvorschlag. Nachdem die letzten Anmeldezahlen an der Schule bekannt gewesen seien, habe die Verwaltung eine Veranlassung für eine weitergehende aktuelle Beratung gesehen, denn die Anmeldungen seien eher zurückhaltend verlaufen. Der Schulstandort in Kell am See solle nunmehr nach wie vor weiterentwickelt werden und dazu wolle die Kreisverwaltung entsprechende Ausschreibungen durchführen. Der Standort Kell am See solle Schulstandort im Hochwald für diese Schulform der Realschule plus werden. Ohne Kell am See gebe es im Hochwald keine Realschule plus, sondern nur die Schulformen IGS und Gymnasium seien vorhanden. Die Lage Kell am See sei räumlich

als der bessere Standort angesehen worden, als es darum gegangen sei, die Dislozierung der Schule in Kell am See und Zerf aufzulösen. Allerdings lebe ein schulisches Angebot nicht nur von einem guten und modernen baulichen Zustand des Schulgebäudes. Nachfolgend begrüßt er an dieser Stelle nochmals den Schulleiter der Realschule plus Kell am See sowie die übrigen Schulleiter der Schullandschaft des Landkreises. Keine Schule könne für sich alleine stehen, sondern müsse mit den anderen Schulen kooperieren und im Rahmen der Schülerlenkung gute Arbeit leisten. Die inhaltliche Arbeit sei von einer guten Lehrerausstattung durch das Land Rheinland-Pfalz abhängig.

Ohne Kinder habe eine Schule ebenso keine Zukunft. Deshalb müsse im Hochwald für diese Schule geworben werden, damit Kinder diese Schule besuchen möchten und Eltern die Schule als Schule für ihre Kinder unterstützen wollen. Die generelle Frage der Akzeptanz dieser Schulform im gesamten Land sei auf Grund der Höhe der Ausschreibungen für eine Sanierung und Erweiterung der Schule immer wieder zu klären. Dieser Verantwortung sei sich jedes Kreistagsmitglied mit seiner Abstimmung bewusst. Nachfolgend bittet er um Wortmeldungen.

Viele erwähnenswerte Aspekte seien bereits durch den Vorsitzenden benannt worden, so Kreistagsmitglied **Kohlmann** (CDU). Er glaube auch, dass die Fraktionen des Kreistages größtenteils die Auffassung des Landrates teilen würden. Die heutige Sitzung sei eine Chance, nochmals für diese Schulform im Hochwald zu werben und diese zu bestärken. Die CDU-Kreistagsfraktion unterstütze die Realschule plus im Hochwald und unterstreiche damit die Wichtigkeit dieser Schulform und erkenne auch den Stellenwert der Schule in Kell am See zur Stärkung des ländlichen Raumes an. Es sei wichtig, eine modern ausgestattete Schule im Hochwald zu haben. Es bedarf einer guten Planung und einer sinnvollen und zweckmäßigen Modernisierung. Deshalb spreche sich die CDU-Kreistagsfraktion dafür aus, das geplante europaweite Ausschreibungsverfahren mit integriertem Architektenwettbewerb durchzuführen, um dadurch einen attraktiven Schulstandort für eine Realschule plus in Kell am See zu erhalten und das Schulangebot im Hochwald zu bestärken. Neben der Planung und Durchführung der Modernisierung für eine zeitgemäße Schule und eines fachlich strukturierten und guten inhaltlichen Angebotes bedarf es darüber hinaus einem ausreichenden Zuspruch aus der Bevölkerung und ausreichend Schülern, die die Schule besuchen. Mit dem heutigen Beschluss komme der Landkreis diesem Idealfall ein großes Stück näher. Der Kreistag beweise mit der Zustimmung, dass der Landkreis hinter dieser Schule stehe und langfristig ein Angebot schaffen wolle. Ferner sei es außerordentlich wichtig, bei den Eltern und Schülern für den Besuch dieser Schule zu werben.

Hingegen nicht hilfreich sei es, die Schule tot zu reden. Die politischen Beteiligten im Hochwald sollten für die Schule werben und sie in einem positiven Licht sehen und keine Grundsatzdiskussion über den Verbleib der Schule in Kell am See führen. Über diese Grundsatzentscheidung sei der Kreistag lange hinaus und bestätige seinen Zuspruch in der heutigen Sitzung sogar nochmals. Vielmehr sollten die Politiker im Hochwald durch Werbung für diese Schule dem Standort den Rücken stärken, damit die

Schule als die Realschule plus im Hochwald anerkannt werde. Es sei zudem nicht hilfreich, lediglich aus ideologischen Gründen nicht hinter dieser Schule zu stehen, so wie seitens der Bündnis 90/Die Grünen-Kreistagsfraktion bisher praktiziert.

Der Kreistag sollte, wenn möglich, durch einen einstimmigen Beschluss zeigen, dass er die Realschule plus in Kell am See langfristig anbieten wolle. Abschließend bittet Kreistagsmitglied **Kohlmann** (CDU) alle Fraktionen und Kreistagsmitglieder dem Beschlussvorschlag zuzustimmen.

Kreistagsmitglied **Rommelfanger** (SPD) verweist auf die Entscheidung im Kreistag im Juni 2015. Gegen die Stimmen der SPD-Kreistagsfraktion sei die Auflösung der Dislozierung beschlossen worden. Wäre der Kreistag damals der Argumentation seiner Fraktion und der Elternschaft im Hochwald gefolgt, wäre die heutige Beratung nicht erforderlich. Die Entscheidung hätte bereits im vergangenen Jahr für den Erhalt der Realschule plus im Hochwald getroffen werden können. Daraufhin erklärt er, dass die SPD-Kreistagsfraktion gerne den Beschlussvorschlag unterstütze, um die Schule zu bestärken und zukunftsfähig zu gestalten. Die Schüler, Eltern und Lehrer seien auf Grund der damaligen Entscheidung verunsichert worden, was ein Grund für die geringe und sehr schleppende Anmeldung sei. Schon deshalb müssten ein eindeutiges Signal und ein klares Bekenntnis für die Schule erfolgen, damit die Entwicklung positiv verlaufe. Auch wenn die gewünschte Schülerzahl bisher noch nicht erreicht sei, so könne er feststellen, dass die Anzahl die vom Land geforderte Mindestzahl für eine Ausnahmegenehmigung auf Grund von siedlungsstrukturellen Gründen überschreite. Jedoch gibt Kreistagsmitglied **Rommelfanger** (SPD) zu bedenken, dass bei der Erfüllung von Schülerzahlen immer ein wiederkehrendes Risiko bestehe, diese nicht zu erreichen. So sei es auch erfreulich, dass die neue Landesregierung diese Schulform unterstützen wolle. Auch in der vergangenen Ausschusssitzung habe sich der Schulleiter Staudt eindeutig für die Schule ausgesprochen und ein neues Konzept mit den Schwerpunkten Umwelt, Natur, Berufsausbildung und Handwerk solle entwickelt werden. Diese Konzeption werde seitens der Fraktion begrüßt, insbesondere im Hinblick auf den Fachkräftemangel in der Region. In diesem Sinne sei die Schule nicht nur eine Bestärkung des Hochwaldes, sondern auch eine Bestärkung der Handwerksbetriebe und des ländlichen Raums. Auch die Schulleiterin der Grundschule Hentern-Lampaden habe in der Sitzung gesagt, dass die Realschule plus eine optimale Schulform für die weitere schulische Qualifikation der Kinder sei. Eine Zustimmung bedeute eine Zustimmung für einen Fortbestand der Realschule plus im Hochwald und ein weiteres schulisches Angebot für die Kinder. Mit einem positiven Beschluss bekenne sich der Kreistag zu seiner Region zugunsten eines starken ländlichen Raums und eines starken Wirtschaftsraums.

Fraktionsvorsitzender **Daleiden** (FWG) informiert, dass die FWG-Kreistagsfraktion der Beschlussvorlage umfänglich zustimmen werde. Die seitens der Fraktion eingebrachte Auflösung der Dislozierung und Weiterführung sowie Sanierung der Schule in Kell am See sei nach wie vor zukunftsweisend. Zudem sollte es im Hochwald auch zukünftig eine Realschule plus geben. Natürlich können und dürfen die Schülerzahlen nicht

vernachlässigt werden. Die Thematik und die Ursachen seien in einer Ausschusssitzung ausführlich beraten worden. Dabei haben Bürgermeister Alten und Schulleiter Staudt Gelegenheit erhalten, Stellung zu nehmen. Gründe für den Rückgang der Schülerzahlen sehen die Fraktion einerseits im demographischen Wandel und eines dadurch stagnierenden Schülerpotenzials in den kommenden Jahren. Andererseits sei die nicht nachvollziehbare schwindende Attraktivität der Schulform eine Ursache. Die Landesregierung wolle diese Schulform künftig bestärken. Nachfolgend geht er auf den Wortlaut des Koalitionsvertrages ein. Durch Bürgermeister Alten sei informiert worden, dass Eltern aus Mandern und Schillingen sich gegen die Realschule plus in Kell am See entschieden haben, da Geschwisterkinder bereits eine Schule in Hermeskeil besuchen und somit die jüngeren Geschwister auch dort eine Schule besuchen sollten. Die Bauaktivitäten, die den Schulalltag der Kinder beeinträchtigen, seien sicherlich auch eine Begründung, genauso wie die Verunsicherung durch die im vergangenen Jahr geführte Diskussion über die Zukunft der Schule. Ferner habe die Schule ein Imageproblem und verkaufe sich in der Öffentlichkeit unter Wert. Allen Akteuren vor Ort sei der Ernst der Lage bewusst. Die Fraktion appelliere an alle politischen Gremien und die Schulleitungen der Grund- und weiterführenden Schulen, sich zu einem Aktionsbündnis zusammenzufinden, um Maßnahmen zu ergreifen, die Schülerzahlen zu erhöhen. Auch fordere er das Land auf, die Stärkung der Schulform Realschule plus, wie vorgesehen, anzugehen. Dadurch solle den Eltern signalisiert werden, dass der Standort Kell gestärkt werden solle und auf Kreisebene finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Die Fraktion sei sehr zuversichtlich in Kell eine Realschule plus auf Dauer zu erhalten, jedoch müssen sich die Beteiligten eines Risikos bewusst sein. Deshalb befürworte die Fraktion den Vorschlag der Verwaltung, die Ausschreibungen zur Risikominimierung in Teilabschnitten zu vergeben.

Kreistagsmitglied **Port** (Bündnis 90/Die Grünen) verweist auf die Beratungen im vergangenen Jahr. Davon ausgehend sei die Fraktion von einer konstanten Zweizügigkeit ausgegangen. Um diese zu sichern, habe sie unter Einbeziehung der Stimmung vor Ort und auf Grund von Gesprächen mit der Schulleitung dem Neubau eines zusätzlichen Schultraktes in Kell zugestimmt, unter der Bedingung, dass die bestehende Dislozierung aufgehoben werde. Die damaligen Schülerzahlen für die Folgejahre haben diese Entscheidung gerechtfertigt, als starkes Signal für die Elternschaft. Der Umfang der Neuanmeldungen für das kommende Schuljahr sei daraufhin sehr enttäuschend. Mit 20 Anmeldungen sei lediglich die Einzügigkeit erreicht. Insbesondere fehlten Anmeldungen von Kindern aus den nahen Schwerpunktgemeinden. Über die Gründe könne das Gremium trefflich diskutieren. Allerdings erscheine es äußerst kurz gesprungen, die Ursachen nur im Schulkollegium, im vermeidlich schlechten Image oder der politischen Konkurrenz zu suchen, wie durch die CDU angesprochen. Der Besuch der Schule durch die Fraktion und die damit einhergehenden Gespräche mit der Schulleitung haben andere Eindrücke hinterlassen. Außerdem werde durch derartige Wortmeldungen Eltern unterstellt, dass diese nicht in der Lage seien, selbstständig eine Schulentscheidung zum Wohle ihrer Kinder zu treffen. Das rheinland-pfälzische Schulgesetz

schreibe Realschulen plus eine durchgängige Dreizügigkeit und eine Mindestschülerzahl von 180 Schülern vor. Auf Antrag einer Ausnahmeregelung konnte eine Ausnahmegenehmigung für eine Zweizügigkeit gestellt werden. Eine Einzügigkeit sei jedoch nicht möglich. Das Schülerpotenzial im Hochwald zeige, dass auch die Mindestschülerzahl, ausgehend von 30 Neuanmeldungen pro Jahr, in spätestens 4 Jahren nicht mehr erreicht werde. Erschwerend komme hinzu, dass die Realschule plus in Thalfang derzeit sehr aufwendig saniert werde. Eine Umleitung der Schüler aus dem östlichen Teil der VG Kell am See sei eher nicht anzunehmen, da sich bereits Schülerströme nach Saarburg etabliert haben. Angesichts dieser Tatsachen falle es schwer, dem vorliegenden Beschlussvorschlag zuzustimmen, ohne sich dem Vorwurf der Steuergeldverschwendung auszusetzen. Die Fraktion beauftrage die Verwaltung, beim Land Rheinland-Pfalz eine weitergehende Ausnahmegenehmigung für eine Einzügigkeit der Realschule plus in Kell am See zu beantragen. Das vorgesehene Ausschreibungsverfahren solle unverzüglich in die Wege geleitet werden, sobald das Land eine schriftliche Zustimmung zugesagt habe.

Ein solcher Antrag, wie von Kreistagsmitglied Port (Bündnis 90/Die Grünen) vorgebracht, schaffe wiederum neue Unsicherheit bei den Bürgerinnen und Bürgern, so Fraktionsvorsitzender **Busch** (FDP). Insofern sei damit der Situation keinesfalls geholfen. Dieser Antrag laufe zudem der Ansicht der Landesregierung zuwider und erschwere den Entwicklungsprozess in der Schullandschaft.

Er bezieht sich auf den seinerzeitigen Bescheid über die Ausnahmegenehmigung der ADD Trier zum Fortbestand der Realschule plus Kell am See/Zerf. Dabei sei insbesondere die siedlungsstrukturelle Notwendigkeit einer solchen Schule dargestellt worden. Daran habe sich bis heute nichts geändert. Auch die Gesamtsituation sei derzeit noch immer so, auch wenn die Tendenz eher schwierig sei. Die wichtigsten Akteure seien die Eltern. Die Frage sei, warum die Eltern sich für einen Schulstandort entscheiden. Wenn es dabei lediglich um die Bausubstanz der Schulen gehe, müssten in der Stadt Trier einige Schulen schließen. Aber die Schulen seien gut besucht und insoweit sei dies nicht nur der ausschlaggebende Grund für die Schulwahl.

Das wichtigste am Schulangebot sei letztlich immer der Lehrkörper. Erfreulich sei, dass viele Lehrer als Gäste an der heutigen Sitzung teilnehmen, ihr Interesse bekunden und bereit seien, gemeinsam mit dem Schulträger die Zukunft der Schule zu entwickeln.

Die FDP-Kreistagsfraktion werde der Vorlage, wenn auch nicht ganz ohne Bedenken, zustimmen.

Es bestehen keine weiteren Wortmeldungen.

Nachfolgend fasst der **Landrat** den Antrag der Bündnis90/Die Grünen-Kreistagsfraktion zusammen.

Da der Beschlussvorschlag der Verwaltung zugunsten einer europaweiten Ausschreibung der weitergehende Vorschlag sei, stimmt der Kreistag nachfolgend über den Beschlussvorschlag der Verwaltung ab.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt, entsprechend der Empfehlung des Ausschusses für Schulen, Kultur und neue Medien (Schulträgerausschuss) und des Kreisausschusses, das geplante europaweite Ausschreibungsverfahren mit integriertem Architektenwettbewerb durchzuführen, um einen attraktiven Schulstandort für eine Realschule plus in Kell am See zu erhalten und um das Schulangebot im Hochwald zu stärken.

Abstimmungsergebnis:

Mehrheitlich beschlossen bei 35 Ja-Stimmen, 4 Gegenstimmen und 2 Enthaltungen

Im Anschluss appelliert der **Landrat** an die anwesenden Beteiligten, zukünftig verstärkt, auch über die Verbandsgemeinde hinaus, im Hochwald für die Schule zu werben.

6. **Berufsbildende Schule Hermeskeil - Brandschutz- und Tragwerkssanierung; Vorlage: 0087/2016/2**

Protokoll:

Der **Vorsitzende** geht auf die Vorlage der Verwaltung und die Dringlichkeit der Maßnahmen ein.

Da seitens des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann ohne weitere Aussprache den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag folgt der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses und des Kreisausschusses und beschließt die Durchführung der in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterten Maßnahmen zur dringenden Brandschutz- und Tragwerkssanierung an der Geschwister-Scholl-Schule Berufsbildende Schule Saarburg, Außenstelle Hermeskeil. Ferner beschließt der Kreistag die außerplanmäßige Ausgabe zur Finanzierung der Maßnahme.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

7. **Gymnasium Hermeskeil - Sanierung Freisportanlage
Vorlage: 0088/2016/2**

Protokoll:

Landrat **Schartz** verweist auf die Vorlage der Verwaltung.

Da von Seiten des **Kreistages** keine Fragen bestehen, fasst er sodann ohne weitere Aussprache den nachfolgenden Beschluss.

Beschluss:

Der Kreistag folgt der einstimmigen Empfehlung des Bauausschusses und des Kreisausschusses und beschließt die Durchführung der in der Sachdarstellung der Vorlage erläuterten Gesamtanierung und des für 2016 vorgesehenen 1. Bauabschnittes der Freisportanlage am Gymnasium Hermeskeil.

Ferner beschließt der Kreistag die überplanmäßige Ausgabe zur Finanzierung der Maßnahme.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig beschlossen

8. Informationen und Anfragen

Protokoll:

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der Vorsitzende den öffentlichen Teil der Sitzung mit einem Dank an die Teilnehmer.

Über den nichtöffentlichen Teil der Sitzung wird eine separate Niederschrift erstellt.

Der Vorsitzende:

Der Protokollführer:

(Günther Schartz)
Landrat

(Christine Inglen)
Kreisoberinspektorin